



Interviews

01. Juli 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Ulf Brunnbauer

Schmidt-Mattern: Ungarns Premier Orbán attackiert die Europäische Union am laufenden Band. Er stellt sich quer, bezeichnet Donald Trump als Ehrenmann und er beschimpft die EU-Kommission schon mal als Kriegsrat. Und immer wieder verstößt die rechtsnationale Regierung in Budapest gegen elementare rechtsstaatliche Prinzipien in Europa. Jetzt übernimmt das Land den Ratsvorsitz in der EU. Ausgerechnet Ungarn muss also moderieren und Kompromisse finden in der Runde der 27. Und viele der Mitgliedsstaaten fragen sich, wie soll das gehen mit einem Viktor Orbán, der aus seiner Ablehnung gegenüber der EU keinen Hehl macht. Darüber kann ich jetzt sprechen mit Ulf Brunnbauer, Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung an der Universität Regensburg. Schönen guten Morgen, Herr Brunnbauer.

Brunnbauer: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Lassen Sie uns zunächst auf diesen Plan für eine neue rechte Fraktion im Europäischen Parlament blicken. Die „Patrioten für Europa“, wie sie sich nennen, welches Potenzial hat diese neue Rechtsbündnis im Parlament?

Brunnbauer: Na ja, zuerst einmal ist das Timing natürlich schon wirklich sehr zynisch, dass jemand, der die Ratspräsidentschaft übernehmen soll, innerhalb der Europäischen Union einen Tag vorher eine derartige Allianz schmiedet mit anderen Rechtsextremen. Ob dieses Bündnis „Patrioten gegen Europa“, würde ich eher sagen, dann es zur Fraktion schafft, das ist ja noch unklar. Dafür braucht es noch weitere Mitstreiter aus anderen Ländern der Europäischen Union. Aber es ist in jedem Fall ein Anzeichen dafür, dass Rechtspopulisten, Rechtsextreme innerhalb der Europäischen Union sich doch sehr stark bemühen, sich noch stärker zusammenzuschließen und eine gemeinsame Plattform hier innerhalb des Europäischen Parlamentes zu bilden.

Schmidt-Mattern: Verfasst hat dieses neue Bündnis ein sogenanntes patriotisches Manifest. Das klingt ja nach einer Kampfansage. Wie viel Einfluss und Schlagkraft

trauen Sie denn diesem neuen Bündnis zu? Oder pumpt sich da nur jemand gewaltig auf?

Brunnbauer: Es könnte beides der Fall sein. Also, die Frage ist tatsächlich, ob noch weitere einflussreiche größere rechte Parteien in Europa wie der Rassemblement National oder vielleicht dann auch die AfD auch diesem Bündnis beitreten. Dann könnte es tatsächlich auch politikrelevant werden. Oder aber es endet wie auch schon andere Versuche, Rechtsextreme innerhalb der Europäischen Union zu vereinen, nämlich in einer weiteren Zersplitterung des Lagers, das sich hier ganz weit rechts jenseits der politischen Mitte befindet.

Schmidt-Mattern: Die AfD hat ja gestern auf ihrem Bundesparteitag erfreut reagiert über diese neue Option, sich gleichwohl nicht festgelegt. Wie würden Sie das Verhältnis von Viktor Orbán zur AfD beschreiben?

Brunnbauer: Na ja, ambivalent. Einerseits, Viktor Orbán braucht Mitstreiter. Die Fidesz ist seit dem Austritt aus der Europäischen Volkspartei jetzt auch politisch heimatlos. Ungarn befindet sich natürlich auch ständig in der berechtigten Kritik der Europäischen Kommission, auch des Europäischen Parlaments. Insofern braucht Ungarn für die Stärkung seiner Position auch andere Bündnispartner innerhalb der Europäischen Union. Andererseits ist die AfD mittlerweile ein derartiges Schmuttelkind, dass selbst andere Rechtsextreme hier Probleme haben mit ihr zu koalieren oder sich zusammenfinden, zumal eben Viktor Orbán auch ein Regierungschef ist und daher natürlich auch etwas anderes Kalkül hat als eine Partei, die bisher einfach nur auf radikale Opposition setzen konnte.

Schmidt-Mattern: Nun gilt ja Orbán in den Augen seiner Kritiker selbst als Schmuttelkind in Brüssel. Könnte ihm denn dennoch dieses geplante neue Bündnis jetzt aus seiner Isolation in der EU helfen?

Brunnbauer: Das hängt von der Entwicklung des Gesamtkontext ab. Es könnte seine Isolation auch noch stärken, wenn es dem Bündnis nicht gelingt, noch auch weitere, vielleicht auch etwas weniger anrühige Gruppierungen zu integrieren. Es

wird auch sehr stark davon abhängen letztlich auch, wie die Wahlen in den USA ausgehen und sich da ja auch der geopolitische Gesamtkontext, wie er sich verändert. Das hier ist ein Bündnis, das im Grunde genommen auf die Zerstörung der EU, so, wie wir sie kennen, hinarbeitet. Viktor Orbán macht ja auch kein Geheimnis aus seiner Unterstützung für Donald Trump, auch ein expliziter Feind der Europäischen Union. Und insofern sehen wir, glaube ich, einer wirklich sehr unsicheren Zukunft entgegen.

Schmidt-Mattern: Das Timing ist auffällig. Da haben Sie Recht. Aber bleiben wir dann, wo Sie es ansprechen, direkt einen Moment lang auch bei Donald Trump. Auch da ist ja bekannt, dass Viktor Orbán durchaus die freundschaftliche Nähe zum amerikanischen voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten sucht. Was bedeutet das denn, wenn Ungarn jetzt gleichzeitig die Ratspräsidentschaft in den kommenden sechs Monaten innehat?

Brunnbauer: Na die Ratspräsidentschaft ist ja an und für sich in der Regel kein weltbewegendes Ereignis. Allerdings befindet sich die Europäische Union jetzt in einem gewissen Vakuum. Die Kommission muss neu zusammengesetzt werden, der Ratsvorsitz. Und welche großen legislativen Vorhaben auf den Weg gebracht werden, ist auch noch unklar. Also insofern wird jetzt die Ratspräsidentschaft dann doch größere Sichtbarkeit genießen. Und Viktor Orbán ist es eben durchaus zuzutrauen, dass er diese Rolle jetzt weniger als eine des Ausgleichs, der Kompromissfindung anlegt, sondern auch seine ohnehin schon engen Beziehungen zu Feinden der Europäischen Union, wie Donald Trump oder auch weiter östlich Wladimir Putin, dann auch noch weiter stärkt und diese Rolle jetzt auch für die internationale Sichtbarkeit, die ihm sehr wichtig ist, auch nutzen wird.

Schmidt-Mattern: Nun sagen ja einige, die Europawahl, bei der Orbáns Partei Fidesz deutliche Stimmverluste hinnehmen musste, die hat nun die Folge, dass vielleicht es gelingen könnte durch eine ungarische Ratspräsidentschaft auf Brüsseler Ebene Orbán ein bisschen einzuhegen, weil er eben innenpolitisch als ein bisschen angeschlagen gilt seit der Europawahl. Können Sie dieser These etwas abgewinnen?

Brunnbauer: Nein, eigentlich nicht. Also, es ist wahrscheinlich, dass Ungarn hier auf europäischer Ebene weniger Schaden anrichtet als vielleicht zu befürchten ist. Aber die Erfahrung der beiden bisherigen EU-Ratspräsidentschaften Ungarns lassen einen doch skeptisch werden, was die innenpolitischen Folgen anbelangt. Denn bei beiden dieser Ratspräsidentschaften wurden wichtige Gesetze, bei der ersten auch eine neue Verfassung erlassen, die eben den Demokratieabbau, den Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Ungarn weiter vorangetrieben haben. Also die Befürchtung ist eher, dass Ungarn diese sechs Monate, wo es vielleicht auch nicht so stark unter der Beobachtung der Europäischen Union und seiner Partner steht, auch, weil die Kommission sich erst finden muss, dann die Zügel im Inneren des Landes noch weiter verschärfend anzieht.

Schmidt-Mattern: Über einen Punkt müssen wir unbedingt noch sprechen und das ist die Ukraine-Politik. Die Regierung Orbán macht ja keinen Hehl aus ihrer Nähe zu Moskau. Drohen da jetzt sechs Monate außenpolitischer Stillstand?

Brunnbauer: Vielleicht nicht Stillstand, weil da die Ratspräsidentschaft natürlich auch nicht das ausschlaggebende Gremium ist. Aber diese Politik der Veto-Drohungen, des Hintertreibens gemeinsamer Beschlüsse zur Unterstützung der Ukraine, wird voraussichtlich fortgesetzt und vielleicht auch noch mit größerer Intensität fortgesetzt werden. Also für die Ukraine ist das sicherlich ein unerfreuliches Zeichen, jetzt auch diese neue Union der Patrioten für Europa. Also das sind ja alles auch Parteien, die letztlich den Kreml nicht für den Krieg verantwortlich machen, sondern eher den Westen. Und das sagt Viktor Orbán ja auch explizit. Das heißt, wir haben jetzt jemanden, der die Ratspräsidentschaft ausübt, der die Ursache für den Krieg in der Ukraine nicht in Moskau, sondern eher in Brüssel lokalisiert.

Schmidt-Mattern: Ulf Brunnbauer, Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung an der Universität Regensburg. Wir haben gesprochen über Viktor Orbán und die ungarische EU-Ratspräsidentschaft. Vielen Dank für Ihre Zeit heute Morgen.

Brunnbauer: Vielen Dank und auf Wiedersehen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*